

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,
Marco Schulz, Thomas Reich und Detlef Ehlebracht (AfD)**

Betr.: Die Kriminalität in Hamburg am Wochenende wieder realistisch abbilden, den Medien wieder ihre Arbeit ermöglichen, den gesetzlichen Informationsauftrag der Polizei wieder erfüllen – die Pressestelle der Polizei Hamburg am Wochenende wieder besetzen.

Laut Drs. 22/15607 ist seit Anfang Juli 2023 die Pressestelle der Polizei Hamburg an Samstagen und Sonntagen nicht mehr besetzt, weil nach Senatsangaben „der Präsenzdienst aus Sicht der Polizei nicht mehr erforderlich war.“

Über Hamburger Ereignisse von Freitagabend bis Montagfrüh informiert die Polizei seitdem erst im Laufe des Montags.

In Ausnahmefällen, so der Senat, insbesondere bei „zeitkritischen Sachverhalten oder mit hohem öffentlichem Interesse“, gäbe es weiterhin samstags und sonntags „im Rahmen einer Rufbereitschaftsalarmierung“ Veröffentlichungen von Pressemitteilungen.

Nach Senatsangaben ist die Zahl der Pressemitteilungen an Sonntagen von 2,3 vor der Umstellung auf 0,5 nach der Umstellung heruntergefahren worden.

Journalisten haben seit Juli 2023 die Möglichkeit, am Wochenende das Lagezentrum der Polizei anzurufen. Dort sitzen allerdings keine mit der Pressearbeit vertrauten Polizisten.

Hamburger Journalisten kritisieren die Neuregelung. Das kriminelle Geschehen des Wochenendes wird durch die Polizei nun nicht mehr abgebildet. Und das, obwohl gerade in den Nächten zu Samstag und Sonntag in Hamburg aus kriminologischer Sicht besonders viel los ist. Die Anrufmöglichkeit im Lagezentrum sei kein Ersatz, weil dort nicht proaktiv informiert würde, sondern nur konkrete Anfragen beantwortet würden. Auch sei die Auskunftsfreudigkeit des Lagezentrums unzureichend.

Die Einstellung der Pressearbeit der Polizei an Wochenenden ist nicht praktikabel, weltfremd und sie verschleiert das wahre Maß der Kriminalität in Hamburg. Die Polizei Hamburg behindert mit dieser Neuregelung die freie Berichterstattung und sie kommt ihrer Informationspflicht nicht mehr nach.

Folgende Punkte sprechen gegen die Einstellung der Pressearbeit der Polizei an Wochenenden:

- Die Kriminalitätsbelastung in Hamburg steigt. Da verbietet es sich, gleichzeitig die Information darüber zurückzufahren.
- Die Medien leben nicht mehr in der Welt von „Abendblatt“ und „Morgenpost“. Kommunikation in den Medien findet mittlerweile online rund um die Uhr statt. Dem muss auch eine staatliche Institution wie die Polizei Rechnung tragen und ein entsprechendes Kommunikationsverhalten an den Tag legen. Während es für die Medien keinen Tag, keine Nacht und erst recht kein Wochenende gibt, kann sich die Polizei Hamburg nicht von Freitag bis Montag verabschieden.

- Gerade an den Wochenenden ballt sich in Hamburg besonders seit dem Aufkommen von immer mehr Migrantengewalt das kriminelle Geschehen. Es ist darum gerade absurd, dass die Polizei Hamburg die Information über diese Ereignisse heruntergefahren hat.
- Es darf bei den Hamburger Bürgern nicht der Eindruck entstehen, dass die Polizei Hamburg aus einer politisch gesteuerten Ideologie heraus die Berichterstattung über die Kriminalität am Wochenende herunterfährt. Das wäre fatal.
- Der Versand von Pressemitteilungen am Sonntag über eine „Rufbereitschaftsalarmierung“ ist kein adäquater Ersatz, denn einen nicht arbeitenden Kollegen aus dem Wochenende zu rufen, ist eine zu hohe Hürde. Die wahrheits-treue und umfassende Berichterstattung über das kriminelle Geschehen am Wochenende muss in Hamburg die Regel, nicht die Ausnahme sein.
- Das Lagezentrum an Wochenenden als Ersatz-Pressestelle zu installieren, ist auch eine schlechte Lösung: Das Lagezentrum antwortet nur auf konkrete Fragen, es berichtet nicht aktiv über etwaige polizeiliche Ereignisse. Medien müssen also konkret etwa nach einer „Messerstecherei auf dem Jungfernstieg“ fragen, andernfalls bekommen sie keine Auskünfte. Woher sollen die Medien aber Kenntnisse von Ereignissen haben, über die die Polizei nicht berichtet?
- Das Lagezentrum als Behelfs-Pressestelle funktioniert auch nicht, weil dort nicht (wie überall üblich) akkreditierte Rufnummern hinterlegt sind und Missbrauch leicht möglich ist. Jeder, dem die Lagedienstnummer bekannt ist, kann dort anrufen. Wenn man zum Beispiel am Wochenende beim Lagedienst anruft und vorgibt, zum Beispiel Person X von Medium Y zu sein (Namen von Redakteuren sind im Internet nachzulesen), dann bekommt man Auskunft. Das ist aus mehreren Gründen eine untragbare Konstruktion.
- Bei Nachfragen zu Kapitaldelikten (Mord, et cetera) erhalten Journalisten vom Lagedienst lediglich eine Bestätigung des Sachverhalts. Für alle weiteren Fragen verweist die Behelfs-Pressestelle an die Staatsanwaltschaft. Das behindert die freie Berichterstattung.
- Die Kommunikation mit Medien ist nicht Aufgabe des Lagezentrums – besonders nicht an arbeitsintensiven Wochenenden. Das Lagezentrum sollte im Sinne einer besseren Polizeiarbeit seinen eigentlichen Aufgaben nachgehen können.
- Die Auswahl durch die Polizei, was „zeitkritisch“ ist oder ein „hohes öffentliches Interesse“ hat – und eine Sonder-Pressemitteilung am Wochenende rechtfertigt – ist subjektiv. Diese Auswahl ist nicht Aufgabe der Polizei als Behörde, sondern ureigen Aufgabe der Medien. Medien können aber nur auswählen, wenn ihnen alle Informationen zur Verfügung gestellt werden, was wiederum gesetzlicher Auftrag der Polizei ist.
- Die bisherigen Pressemitteilungen der Polizei „in Ausnahmefällen“ an Wochenenden kommen mit erheblicher Verzögerung. Auch das behindert die freie Berichterstattung.
- Nach Aussagen Hamburger Journalisten würde das Lagezentrum der Polizei an Wochenenden auch schon mal das Telefon nicht abnehmen. Der Senat bestätigt in Drs. 22/15607, dass „die erforderliche Priorisierung von anderen Aufgaben im Lagezentrum im Einzelfall die sofortige Entgegennahme gegebenenfalls jedoch nicht in jedem Fall zulässt.“ Das ist ein völlig inakzeptabler Zustand.

Die Einstellung der Pressearbeit der Polizei Hamburg an Wochenenden ist ein schwerer Fehler. Die Neuregelung wird dem Kriminalitätsgeschehen in Hamburg nicht gerecht. Die Ersatzregelungen funktionieren nicht, der freie Zugang zu Informationen ist nicht mehr möglich, die freie Berichterstattung ist eingeschränkt.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Pressestelle der Polizei Hamburg schnellstmöglich an Samstagen und Sonntagen wieder mit einer Person zu besetzen und das Kriminalitätsgeschehen auch an diesen Tagen mit einer angemessenen Zahl von Pressemitteilungen abzubilden.